BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Landtag 17. Wahlperiode

Plenarprotokoll

1. Sitzung 28.06.07

1. Sitzung

am Donnerstag, dem 28. Juni 2007

Inhalt

Eroffnung der Konstitulerenden Sitzung	wahl von funt Mitgliedern und funt stellver- tretenden Mitgliedern des Wahlprüfungsge- richts
Abg. Perschau (CDU)3	
Eingang5	Abg. Erlanson (Die Linke)1
Sonstiger Eingang5	Abstimmung1
Feststellung der Geschäftsordnung 6	Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Deputationen
Wahl des Vorstands	Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/ Die Grünen vom 27. Juni 2007
a) Wahl des Präsidenten 6	(Drucksache 17/7) 1. Lesung
b) Wahl der Vizepräsidenten/Vizepräsidentinnen . 9	2. Lesung
c) Wahl der Schriftführer/Schriftführerinnen 10	Abg. Perschau (CDU)
	Abg. Woltemath (FDP)1
Wahl der Mitglieder und stellvertretenden	Abg. Rupp (Die Linke)13
Mitglieder des Verfassungs- und Geschäfts-	Abg. Perschau (CDU)13
ordnungsausschusses 10	Abstimmung 14

Alterspräsident Perschau

Schriftführerin Allers

Schriftführerin Arnold-Cramer

Schriftführer Fecker

Präsident Weber

Vizepräsidentin Dr. Mathes

Schriftführerin Ahrens

Vizepräsident Ravens

Schriftführerin Cakici

Schriftführerin Marken

 (A) Abg. Perschau eröffnet als Alterspräsident die Sitzung um 10.31 Uhr.

Abg. **Perschau** (CDU): Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die 1. Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) der 17. Wahlperiode ist eröffnet.

Ich begrüße Sie sehr herzlich und beglückwünsche Sie, dass Sie durch den Wählerauftrag ein Mandat in diesem Hause erhalten haben. Vor vier Jahren konnten wir 20 neue Damen und Herren in unserem Parlament begrüßen, dieses Mal sind es 32 Kolleginnen und Kollegen, die neu als Abgeordnete berufen worden sind, darunter auch zurückgekehrte. Ihnen gilt mein besonderer Gruß.

Mein Gruß gilt ebenfalls den Damen und Herren von Presse, Rundfunk und Fernsehen, denen die Aufgabe zukommt, der Bevölkerung das zu vermitteln, was in diesem Hohen Haus diskutiert und beschlossen wird.

(Unruhe auf dem Besucherrang)

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie das entfernen. Das ist im Hause nicht üblich, und das wollen wir auch nicht einführen.

(Beifall)

(B) Ich komme wieder zurück zu den Medien. Wir hoffen auf eine faire und gute Zusammenarbeit mit Ihnen, wie bisher, oder möglicherweise sogar noch besser.

Auf der Besuchertribüne begrüße ich die Teilnehmer aus Bremen beim Bundesfinale "Jugend debattiert", eine Gruppe Frauen eines Integrationskurses des Frauengesundheitstreffs Tenever und eine Gruppe Frauen des TSV Wulsdorf aus Bremerhaven.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich danke dem Schriftführer der Bremischen Evangelischen Kirche, Pastor Renke Brahms, Monsignore Ansgar Lüttel, Propst der Katholischen Kirche, und der Pastorin Jeanette Querfurth für ihre guten Worte im heutigen ökumenischen Gottesdienst zur Eröffnung der 17. Wahlperiode der Bremischen Bürgerschaft! Herzlichen Dank!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir konstituieren heute die Bremische Bürgerschaft, unser Landesparlament, das es im Übrigen nur gibt, weil Bremen ein Bundesland ist, ein Bundesland, das sicher besonders klein ist, aber das durch seine international geprägte maritime Wirtschaftskraft neben Hamburg ein Tor zur Welt für die Bundesrepublik Deutschland ist. Bremen

ist die älteste noch existierende freie und unabhängige Stadtrepublik, worauf wir sicher stolz sein können. Bremen hat seine Selbstständigkeit in zwei geschichtlichen Phasen verloren. Das war einmal die napoleonische Besetzung und zweitens während des Nazi-Regimes. Die Bürgermeister Smidt und Kaisen haben dafür gesorgt, dass Bremen nach diesen Unterbrechungen ganz schnell wieder eine unabhängige Stadtrepublik wurde, dafür gebührt beiden ein besonderer Dank!

Im Linzer Diplom von 1646 hat Kaiser Ferdinand III. den Bremern schriftlich gegeben, dass sie bereits seit Jahrhunderten eine freie und unabhängige Stadtrepublik sind, die nur dem Kaiser untersteht. Wenn Sie einmal in die Obere Rathaushalle gehen und den Blick zur Decke richten, dann sehen Sie in diesen Medaillonbildern die Kaiser und Könige von Karl dem Großen bis zu Sigismund. Karl der Große hat Bremen im Jahr 787 zum Bischofssitz gemacht, und er hat Bremen damals in besonderer Weise herausgehoben in diesem Raum, und seit dieser Zeit hat Bremen eben auch eine besondere Bedeutung. Übrigens war Sigismund daran, als das Rathaus gebaut wurde, und danach konnte man im Grunde genommen keine Medaillonbilder mehr hinzufügen, weil der Raum nicht reichte. Aber ich will das nicht weiter vertiefen.

Meine Damen und Herren, im ersten Stock des Neuen Rathauses finden Sie die große Büste von Bürgermeister Smidt, der Bremens Selbstständigkeit im Wiener Kongress abgesichert, Bremerhaven gegründet und die Voraussetzungen für diesen wichtigen Hafen geschaffen hat. Auch ihm danken wir in besonderer Weise für den Erhalt unserer Selbstständigkeit.

Wenn wir nun aber in die jüngere Geschichte gehen, dann sieht man im Treppenhaus des Rathauses ein großes Portraitbild von Wilhelm Kaisen und im Foyer die Büsten, unter anderem von Theodor Heuss und Karl Carstens. Alle drei haben im Parlamentarischen Rat wichtige Beiträge dafür geleistet, dass Bremen nach dem Zweiten Weltkrieg ein selbstständiges Bundesland wurde.

Warum sage ich das? Ich sage es, weil ich häufig betroffen bin über die Indifferenz, die bei vielen unserer Bürger und hier und da auch bei dem einen oder anderen Politiker vorhanden ist, wenn es um die Frage geht, ob die Selbstständigkeit Bremens für uns eigentlich wirklich wichtig ist. Die lange Geschichte unseres kleinen Bundeslandes beweist, dass die Identifizierung mit der Unabhängigkeit und Selbstständigkeit Bremens über Jahrhunderte das Kernstück bremischer Politik war. Aus dieser Selbstständigkeit haben sich ein besonderer Bürgersinn und eine besondere Verantwortungsbereitschaft entwickelt.

Ich denke, wir sind in der Bremischen Bürgerschaft gut beraten, in dieser Tradition zu stehen und Bremen auch in Zukunft die Möglichkeit zu sichern, dass wir in Augenhöhe mit den anderen Ländern und dem

(B)

(A) Bund verhandeln können und sozusagen nicht dem Innenminister Niedersachsens in der Kommunalaufsicht unterstellt sind. Das bedeutet natürlich für uns alle, dass wir hart daran arbeiten müssen, die Sanierung unseres Landes weiter voranzutreiben, um den Zweiflern die Argumente zu nehmen. Wir müssen den Bund und die anderen Bundesländer davon überzeugen, dass die Selbstständigkeit unseres Landes nicht den Zweck hat, Bremer Politikern politischen und persönlichen Einfluss zu sichern, sondern dem Wohl des Gesamtstaates und den Menschen in Bremen und Bremerhaven dient.

Meine Damen und Herren, mit großer Sorge registrieren wir die erneut geringe Wahlbeteiligung von nunmehr nur noch 57,6 Prozent im Lande Bremen. Die Gruppe der Nichtwähler hat den größten Stimmenanteil auf sich vereint. Die Erklärungsansätze dafür sind vielfältig, ich möchte sie hier nicht weiter ausbreiten. Wir werden sehen, ob die Änderung des Wahlrechts, das für die nächste Bürgerschaft Gültigkeit haben wird, die Zahlen verbessert. Ich denke aber, wir werden intensiv daran arbeiten müssen, für unsere Bürgerinnen und Bürger die Teilnahme an politischen Prozessen und Entscheidungen transparenter zu machen, und gegebenenfalls auch über neue Formen der Partizipation nachdenken.

Lassen Sie mich als der älteste Abgeordnete dieses Hauses – –. Oder erhebt jemand den Anspruch, noch älter zu sein?

(Heiterkeit)

Ist jemand hier unter den Abgeordneten, der älter ist oder früher geboren ist als am 28. März 1942? Gut, Alter ist leider kein Verdienst, dann muss ich mich also dieser Situation auch weiterhin stellen. Ich habe mir nicht träumen lassen, dass mir das einmal passiert, dass ich der älteste Abgeordnete bin. Meistens hat man die Jugenderinnerungen etwas mehr parat, aber so ist das eben. Ich bedanke mich für Ihre Geduld, diesem ältesten Abgeordneten zuzuhören!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, weil ich eben so ein alter Herr oder alter Sack, je nach Bedürfnis, bin,

(Heiterkeit)

möchte ich auch ein Wort an die neuen Abgeordneten richten, vielleicht auch ein etwas formales. Sie wissen, dass nach Artikel 38 Grundgesetz jeder Abgeordnete Vertreter des ganzen Volkes ist. Auch die Verfassung unseres Landes bestimmt in Artikel 83: "Die Mitglieder der Bürgerschaft sind Vertreter der ganzen bremischen Bevölkerung. Sie sind verpflichtet, die Gesetze zu beachten, und haben eine besondere Treuepflicht gegenüber der Freien Hansestadt Bremen." Letzteres ist wichtig, weil zwingend. Eine

besondere Treuepflicht gegenüber der Freien Hansestadt Bremen! Im Übrigen sind Sie nur Ihrem Gewissen verantwortlich und an Aufträge und Weisungen nicht gebunden. So hoffe ich, dass wir uns stets dieser verbindenden Gemeinsamkeit zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes bewusst sind, verpflichtet allein der Wahrheit und der Wahrhaftigkeit als den Maximen unseres Handelns und in gegenseitiger Achtung und Fairness.

Diese Gemeinsamkeit ist angesichts der großen Aufgaben, die vor uns liegen und die bewältigt werden müssen, geboten, auch angesichts der großen Probleme, denen unser Land sich gegenübersieht. Im Sinne dieser uns gemeinsam auferlegten Verantwortung hoffe ich sehr, dass es uns gelingt, den Menschen in Bremen und Bremerhaven mehr Optimismus, mehr Selbstvertrauen und Zuversicht, aber auch die Gewissheit zu vermitteln, dass ihre Sorgen und Nöte in angemessener Weise im Parlament zur Sprache gebracht werden und ihre Fragen klare Antworten finden, auch wenn diese Antworten durch die einzelnen Fraktionen sicherlich höchst unterschiedlich ausfallen werden. Wir haben gemeinsam die Pflicht, zum Besten unseres Landes zu wirken.

Die Fortsetzung der Sanierung unseres Landes, die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Standortes, insbesondere in den Bereichen Infrastruktur, Logistik, Technologie, Bildung und Wissenschaft, die Zuwendung zu den Schwachen unserer Gesellschaft und die Verhandlungen mit Bund und Ländern um die Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen werden im Zentrum unserer politischen Arbeit stehen.

Meine Damen und Herren, insofern wünschen wir uns auch für die Zukunft Kollegen, die nicht so sehr ihre Person, wohl aber ihr Mandat ernst nehmen, und Abgeordnete, die unsere Bürgerinnen und Bürger in Bremen und Bremerhaven ernst nehmen und so Vertrauen in unsere Demokratie stärken und stützen. Es ist unsere gemeinsame Aufgabe, dieses Vertrauen der Bürger zu rechtfertigen. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche uns allen eine erfolgreiche 17. Wahlperiode, vor allem für unsere Bürgerinnen und Bürger in Bremen und Bremerhaven!

(Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es kommt jetzt ärgerlicherweise, aber unvermeidbar, weil zwingend, eine ganze Reihe von geschäftsleitenden Anmerkungen, die sich eben mit solchen Wahlakten verbinden.

Ich schlage Ihnen vor, die Geschäftsordnung der 16. Wahlperiode zunächst zur gemeinsamen Verfahrensgrundlage bis zur Feststellung der Geschäftsordnung zu erklären.

Ich höre keinen Widerspruch. Dann werden wir so verfahren.

(D)

(C)

(A) Um die Abwicklung der Sitzung bis einschließlich der Wahl des Vorstands ordnungsgemäß durchführen zu können, sind folgende drei vorläufige Schriftführer benannt worden: von der SPD-Fraktion die Abgeordnete Ursula Arnold-Cramer, von der CDU die Abgeordnete Silke Allers und von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen der Abgeordnete Björn Fecker.

> Ich gehe davon aus, dass das Haus mit diesem Verfahren sowie mit der Benennung einverstanden ist

> Ich höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen.

Ich bitte nun die Abgeordnete Ursula Arnold-Cramer, sie hat sich schon vorsichtig genähert, jetzt schon hier zu meiner Linken Platz zu nehmen. Das tut sie auch willig,

(Heiterkeit)

von daher gibt es keinen Widerspruch.

Folgender Eingang liegt vor:

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Deputationen, Dringlichkeitsantrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 27. Juni 2007, Drucksache 17/7.

Interfraktionell wurde vereinbart, dass dieser Antrag am Schluss der heutigen Sitzung behandelt wird.

Den übrigen Eingang bitte ich der Mitteilung über den voraussichtlichen Verlauf der Plenarsitzung zu entnehmen.

Sonstiger Eingang

(B)

Bericht über die Informationsreise der staatlichen Deputation für den Fischereihafen vom 18. bis 21. September 2006 in den Niederlanden und in Brüssel.

Zur Abwicklung der Tagesordnung wurden interfraktionelle Absprachen getroffen, und zwar soll wie folgt verfahren werden: Heute Vormittag geben wir uns zunächst eine Geschäftsordnung, Tagesordnungspunkt 1, dann nehmen wir die Wahl des Vorstands der Bremischen Bürgerschaft vor, Tagesordnungspunkt 2, wobei geheime Wahl in Wahlkabinen vorgesehen ist. Außerdem sind noch zwei weitere Wahlen vorgesehen, und zwar Tagesordnungspunkt 7, Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses, und Tagesordnungspunkt 10, Wahl von 5 Mitgliedern und 5 stellvertretenden Mitgliedern des Wahlprüfungsgerichts.

Die Wahl und anschließende Vereidigung des Präsidenten und der übrigen Mitglieder des Senats soll morgen Vormittag stattfinden. Bei der Senatswahl ist ebenfalls geheime Wahl in Wahlkabinen vorgesehen.

Weiterhin ist interfraktionell vereinbart worden, die von der Bürgerschaft zu wählenden Gremien grundsätzlich nach dem Zählverfahren St. Laguë/Schepers zu besetzen, vorbehaltlich abweichender Absprachen und Regelungen im Einzelfall.

Schließlich ist noch vereinbart worden, die übrigen Tagesordnungspunkte bis zur nächsten Sitzung auszusetzen. Die nächste Bürgerschaftssitzung soll, vorbehaltlich der Beschlussfassung des neu zu wählenden Vorstands der Bremischen Bürgerschaft, voraussichtlich am 4. Juli 2007 stattfinden. Dann sollen die heute und morgen nicht abgearbeiteten Tagesordnungspunkte abgearbeitet werden.

Wird das Wort hierzu gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Wer mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) ist mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden.

(Einstimmig)

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich davon Kenntnis geben, dass die Fraktion der SPD den Abgeordneten Dr. Carsten Sieling zum Vorsitzenden und die Abgeordneten Birgit Busch und Martin Günthner zu stellvertretenden Vorsitzenden gewählt hat. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Bei der Fraktion der CDU ist bis zur Wahl eines neuen Fraktionsvorsitzenden und eines neuen Vorstands – das hängt mit den Senatoren zusammen, die möglicherweise durch Wahl anderer Senatoren wieder die Möglichkeit haben, in die Fraktion zurückzukehren – zunächst einmal durch diese Fügung der Abgeordnete Hartmut Perschau Vorsitzender, und die stellvertretenden Vorsitzenden sind die Abgeordneten Dieter Focke und Helmut Pflugradt. Das kann sich aber in Kürze ändern.

(Zuruf des Abg. Focke [CDU] – Heiterkeit)

Deshalb spreche ich noch keinen Glückwunsch aus, weil es auch etwas misslich ist, sich selbst zu beglückwünschen.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat zu ihrem Vorsitzenden den Abgeordneten Dr. Matthias Güldner, zu ihren stellvertretenden Vorsitzenden die Abgeordneten Klaus Möhle und Anja Stahmann gewählt. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

(A) Die Fraktion Die Linke hat zu ihren gleichberechtigten Vorsitzenden die Abgeordneten Monique Troedel und Peter Erlanson und zur stellvertretenden Vorsitzenden die Abgeordnete Sirvan Cakici gewählt. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Die Fraktion der FDP hat den Abgeordneten Uwe Woltemath zum Vorsitzenden und die Abgeordneten Mark Ella für die Bürgerschaft (Landtag) und Dr. Magnus Buhlert für die Stadtbürgerschaft zu stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Auch Ihnen herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Feststellung der Geschäftsordnung

Die Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer der Übernahme der Geschäftsordnung der 16.
(B) Wahlperiode seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) übernimmt die Geschäftsordnung der 16. Wahlperiode.

(Einstimmig)

Wahl des Vorstands

- a) Wahl des Präsidenten
- b) Wahl der Vizepräsidenten/ Vizepräsidentinnen
- c) Wahl der Schriftführer/ Schriftführerinnen

Gemäß Artikel 86 unserer Landesverfassung wählt die Bürgerschaft für ihre Wahlperiode ihren Präsidenten, die Vizepräsidenten und die Schriftführer. Sie bilden den Vorstand. Interfraktionell ist vereinbart worden, dass der Vorstand aus sechs Personen besteht, also neben dem Präsidenten zwei Vizepräsidenten/Vizepräsidentinnen und drei Schriftführer/Schriftführerinnen gewählt werden. Weiterhin wurde vereinbart, dass die Fraktion der FDP das Recht

hat, einen Vertreter ihrer Fraktion ohne Stimmrecht in den Vorstand zu entsenden.

Wird hierzu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Wer damit einverstanden ist, dass der Vorstand der Bremischen Bürgerschaft aus sechs Personen besteht, also neben dem Präsidenten zwei Vizepräsidenten/Vizepräsidentinnen und drei Schriftführer/Schriftführerinnen gewählt werden, und dass die FDP-Fraktion einen Vertreter ohne Stimmrecht entsendet, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe! Stimmenthaltungen?

(Abg. Tittmann [DVU])

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt entsprechend.

Gemäß Paragraf 9 der Geschäftsordnung ist der neue Vorstand der Bürgerschaft in der ersten Sitzung in der durch Artikel 86 der Landesverfassung bestimmten Reihenfolge mit absoluter Mehrheit zu wählen. Bei der Zusammensetzung des Vorstands sind in der Regel die Fraktionen der Bürgerschaft nach ihrer Stärke zu berücksichtigen.

Wir kommen zu

a) Wahl des Präsidenten.

Für die Wahl des Präsidenten hat die Fraktion der SPD den Abgeordneten Christian Weber zur Wahl vorgeschlagen.

Die Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

Meine Damen und Herren, es ist vereinbart worden, diese Wahl gemäß Paragraf 58 unserer Geschäftsordnung als geheime Wahl in Wahlkabinen durchzuführen. Ich gebe Ihnen jetzt ein paar Regularien für den Ablauf der Wahl bekannt.

Die Ausgabe der Stimmzettel und Wahlumschläge erfolgt nach Namensaufruf an dem Tisch rechts neben den Wahlkabinen. Bitte gehen Sie dann mit Ihrem Stimmzettel in eine der beiden Wahlkabinen und vermerken dort Ihre Wahlentscheidung auf dem Stimmzettel. Sie haben die Möglichkeit, mit Ja, Nein oder Stimmenthaltung zu entscheiden. Sie müssen also die entsprechende Rubrik Ihrer Wahlentscheidung ankreuzen. Fehlt eine Kennzeichnung, gilt die Stimme als nicht abgegeben. Enthält der Stimmzet-

(D)

(C)

(A) tel mehr Kennzeichnungen als zu Wählende, ist er ungültig. Falten Sie den Stimmzettel in der Wahlkabine und stecken Sie ihn dort in den mitgegebenen Wahlumschlag. Begeben Sie sich dann zu dem Tisch, wo die Wahlurne aufgestellt ist, und werfen Sie den Stimmzettel in die Wahlurne. Das ist ein durchaus übliches Verfahren, aber es scheint zwingend zu sein, es immer wieder neu zu erklären.

(Heiterkeit)

Ich weise noch darauf hin, dass die Schriftführer Stimmzettel zurückzuweisen haben, die erstens außerhalb der Wahlkabine gekennzeichnet oder in den Wahlumschlag gelegt wurden, zweitens nicht in den Wahlumschlag gelegt wurden, drittens sich in einem Wahlumschlag befinden, der offensichtlich in einer das Wahlgeheimnis gefährdenden Weise von den übrigen abweicht oder einen deutlich fühlbaren Gegenstand enthält.

(Heiterkeit)

Stimmzettel, die Zusätze oder Kennzeichnungen enthalten, sind ungültig, wenn sie den Willen des Wählers nicht zweifelsfrei erkennen lassen oder die Person des Wählers erkennbar wird. Sollte sich ein Abgeordneter beim Ausfüllen des Stimmzettels verschreiben, kann er beim Schriftführer gegen Rückgabe des alten Stimmzettels einen neuen Stimmzettel erhalten.

Meine Damen und Herren, besteht Klarheit über das Wahlverfahren? Da ich keinen Widerspruch höre, gehe ich davon aus.

Wir kommen zur Wahl.

(B)

Ich bitte die von der Fraktion der CDU und von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen benannten Schriftführer, die Abgeordnete Silke Allers und den Abgeordneten Björn Fecker, an der Ausgabe der Stimmzettel beziehungsweise an der Wahlurne Platz zu nehmen.

Ich rufe jetzt in alphabetischer Reihenfolge die Namen der Abgeordneten auf und bitte Sie, dann zur Wahl zu gehen.

(Es folgt der Namensaufruf.)

Meine Damen und Herren, ich frage, ob alle Abgeordneten ihren Stimmzettel abgegeben haben. – Ich stelle fest, dass dies der Fall ist.

Dann ist der Wahlgang beendet.

Wir kommen zur Auszählung der abgegebenen Stimmen.

Ich bitte die Schriftführer, die Auszählung vorzunehmen.

Ich unterbreche jetzt die Sitzung der Bürgerschaft für circa 15 Minuten, um das Wahlergebnis festzustellen.

(Unterbrechung der Sitzung 11.17 Uhr)



Abg. Perschau eröffnet die Sitzung wieder um $11.30~\mathrm{Uhr}$.

Abg. **Perschau** (CDU): Die unterbrochene Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist wieder eröffnet.

Ich gebe Ihnen jetzt das Ergebnis der Wahl des Präsidenten bekannt: ausgegebene Stimmzettel 81, abgegebene Stimmzettel 81, vernichtete Stimmzettel keine, ungültige Stimmzettel ebenfalls keine.

Der Abgeordnete Christian Weber erhielt 73 Jastimmen, vier Neinstimmen und vier Enthaltungen.

Ich stelle fest, dass der Abgeordnete Christian Weber die Mehrheit erreicht hat, die nach Paragraf 9 Absatz 1 der Geschäftsordnung erforderlich ist.

Ich frage den Abgeordneten Christian Weber, ob er die Wahl annimmt.

(Abg. Weber [SPD]: Herr Präsident, ich nehme die Wahl an! – Beifall)

Meine Damen und Herren, ich darf im Namen aller Abgeordneten dieses Hauses Herrn Christian Weber zu seiner Wahl als Präsident der Bürgerschaft die herzlichsten Glückwünsche aussprechen. Herzlichen Glückwunsch!

Herr Präsident, ich bitte Sie jetzt, diesen Platz einzunehmen.

(Beifall – Präsident Weber übernimmt den Vorsitz.)

Präsident Weber: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich darf mich bei Ihnen für das mir entgegengebrachte Vertrauen, das überwältigende Vertrauen, ganz herzlich bedanken. Ich wünsche mir für die kommenden vier Jahre, dass wir gemeinsam für dieses Parlament, für dieses Land zielstrebig arbeiten.

Es ist für mich selbstverständlich, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass ich das Amt so ausüben werde, wie es Verfassung und Geschäftsordnung vorschreiben, und ich werde, das verspreche ich Ihnen, streng darauf achten, dass mein Handeln der Würde dieses Hauses angemessen ist und den Interessen der Abgeordneten und des Landes entspricht.

(B)

(A) Meine Damen und Herren, die Optik des Plenarsaals hat sich verändert, fünf statt bisher drei Fraktionen bestimmen die Sitzordnung, und ich sehe viele neue Volksvertreter. Seien Sie wie die "Altgedienten" herzlich willkommen! Ihnen persönlich wünsche ich alles Gute, gutes Gelingen und die nötige Geduld, meine Damen und Herren, um Ihre politischen Ziele durchzusetzen. Auffällig ist, dass wir eine zahlenmäßig wieder stärkere Opposition in unseren Reihen haben. Das verspricht Vielfalt, Überraschungen und Spannung, erfordert aber auch Disziplin, was beispielsweise den Ablauf der Sitzungen anbelangt.

Meine Damen und Herren, wir haben politisch betrachtet bewegende und aufregende Zeiten hinter uns, Wahlkampf, Wahlen, Koalitionsverhandlungen, das alles war mit viel Licht, aber auch mit Schatten verbunden. Es stellten sich Freude und Aufbruchstimmung bei den einen, Enttäuschungen, aber auch Verletzungen bei anderen ein. Heute, hier und jetzt erscheint es mir wichtig, in der Realität angekommen zu sein und sie anzunehmen.

Mein Vorvorvorgänger August Hagedorn hat den Beginn der 6. Wahlperiode 1963 in Bremen unter anderem mit den Worten kommentiert: "Das Hadern gegenüber vollzogenen Tatsachen ist ohnehin fruchtlos."

Also, brechen wir zu neuen Ufern auf! Die parlamentslose Phase in der Freien Hansestadt Bremen ist nach drei Wochen vorüber, die demokratische Kontrolle funktioniert wieder, und ich meine es nicht nur für heute zur konstituierenden Sitzung und für morgen vor der Wahl des Senats, wenn ich sage, es schlägt die Stunde des Parlaments.

Natürlich sind wir Gesetzgeber und Aufseher der Exekutive, aber uns obliegt eine besondere Verpflichtung, auch der enge Kontakt und die rege, verständliche Kommunikation mit Bürgerinnen und Bürgern. Wir sind es, die das Vertrauen, das die Menschen in uns gesetzt haben, auch rechtfertigen müssen.

Wenn wir noch einmal auf die Wahlbeteiligung des 13. Mai zurückblicken, müssen wir erkennen, dass uns viele, und ich füge hinzu, zu viele Wählerinnen und Wähler eher misstrauen, uns jedenfalls nicht mehr ihre Stimme geben. Wir sollten intensiver denn je um sie werben und daran arbeiten, verloren gegangenes Vertrauen wieder zurückzugewinnen. Wir müssen also handeln, nicht nur, weil nach Hannah Arendt im Handeln Freiheit entsteht, sondern auch, um Freiheit unter sich widerstreitenden Tendenzen und Zwängen nicht unter die Räder geraten zu lassen.

Heute stehen wir vor der Situation, dass einerseits das Ansehen der Politiker in der Bevölkerung beständig gesunken und eine Mehrheit vom Politikbetrieb enttäuscht ist. Andererseits erfordern teilweise dramatische gesellschaftliche Veränderungen eine zunehmende politische Gestaltungskraft. Wandel und Fortschritt können wir nicht aufhalten, aber wir können einen guten Ruf und Vertrauen bei den Bürger-

innen und Bürgern wiedererlangen mit Arbeit, die überzeugt, die jeder nachvollziehen und am Ende sogar akzeptieren kann.

Ich möchte an dieser Stelle einen Begriff in den Raum stellen, der schon lange existiert und der wie selbstverständlich Gegenstand der Politik sein sollte: res publica. Das, was wir tun, ist eine öffentliche Sache, es geht um gemeinsame Dinge, die dem Gemeinwohl dienen und dieses Gemeinwohl verteidigen, Dinge, die die Bürgerinnen und Bürgern betreffen und über die sie deshalb mitreden und mitentscheiden

Es kann nie schaden, meine Damen und Herren, sich ins Gedächtnis zu rufen, was in unserer von Komplexität und Mediendominanz geprägten Gesellschaft hier und da vernachlässigt wird: dass politische Entscheidungen oder besser Mehrheitsentscheidungen sensible Prozesse sind, dass sie als legitim, verbindlich und vernünftig erst dann empfunden werden, wenn vorher ein freier, breiter und öffentlicher Austausch von Argumenten stattgefunden hat, ein Dialog, der die Meinung der Gegenseite achtet und nicht verletzend wirkt. Kurzum: Das Einmischen des aktiven Bürgers stört nicht, es ist ausdrücklich erwünscht und wird von uns ernst genommen.

Mir fällt ein alter Spruch ein: "Wenn man aus dem Rathaus kommt, ist man klüger, als man hineingeht." Das würde ich bitte schön auch für das Haus der Bremischen Bürgerschaft reklamieren, nicht nur für die Abgeordneten, die sich mit hohem Engagement um allgemeine Belange kümmern, sondern für die vielen Besucher, jugendliche und erwachsene, sie sollen möglichst nicht nur klüger sein, sondern mit dem Gefühl gehen, dass es Sinn und sogar Spaß gemacht hat.

Die Herausforderungen, vor denen die Freie Hansestadt Bremen und damit wir alle stehen, sind nicht geringer geworden, im Gegenteil! Die Föderalismusreform bringt auch den Landesparlamenten ein Mehr an Aufgaben, und mit der Föderalismusreform II stehen wir erst am Anfang. Bremen ist keine Burg, deren Mauern vor äußeren Einflüssen zu schützen sind, Globalisierung ist auch hier.

Ein Beispiel aus unserer Nähe, das jeder kennt aus der Schule, am Arbeitsplatz, in der Freizeit: Globalisierung bringt nicht nur gravierende ökonomische Veränderungen und soziale Risiken mit sich, sondern stellt unsere Wertvorstellungen auf die Probe. Globalisierung konfrontiert uns, wenn nicht mit fremden, so doch mit anderen Kulturen, die wir verstehen und mit denen wir umgehen müssen. Eine entscheidende Frage, die gelöst werden muss, lautet: Wenn in einer Gesellschaft unterschiedliche, teils gegensätzliche Werte existieren, wie lassen sich dann gemeinsame Regeln für das Zusammenleben herstellen? Für all das ist die wichtigste Basis das Bildungswesen, und das liegt bekanntlich in der Zuständigkeit der Länder.

(D)

(C)

(A) Meine Damen und Herren, Bündnis 90/Die Grünen steht bald gemeinsam mit der SPD in Bremen in Regierungsverantwortung. Dabei kommt mir ein Motto in den Sinn, das etwas vor 30 Jahren mit der Umwelt- und Ökologiebewegung geboren wurde: "global denken, lokal handeln". Vielleicht ist diese Anleitung, die ja durchaus Spannungen beinhaltet, heute aktueller und vordringlicher als damals.

> Ich bin davon überzeugt, dass Sie, liebe Abgeordnete, mit großem Ehrgeiz, Engagement und Pflichtbewusstsein gegenüber der Bevölkerung Ihr Mandat ausüben werden. Wir Volksvertreter sind keine Erhabenen, wir sind aber auch keine Halunken, denen man alles, vor allem das Schlechte unterstellt, wir sind, und da wiederhole ich mich gern, ein Spiegel unserer Gesellschaft mit all ihren Stärken und all ihren Schwächen. Ich wünsche mir, dass das, was wir als Politiker und Amtsträger vertreten, unserem persönlichen Verhalten im Großen und Ganzen entspricht. Wer mit seiner politischen Botschaft Wirkung erzeugen will, muss zuallererst glaubwürdig sein. - Meine sehr geehrten Damen und Herren, herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir kommen nun zu den weiteren Wahlen, und zwar zu

b) Wahl der Vizepräsidenten/Vizepräsidentinnen.

(B)

Es sind zwei Wahlvorschläge eingereicht worden, und zwar von der Fraktion der CDU der Abgeordnete Bernd Ravens und von der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen die Abgeordnete Dr. Karin Mathes.

Die Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Es ist vereinbart, auch diese Wahl gemäß Paragraf 58 unserer Geschäftsordnung als geheime Wahl in Wahlkabinen durchzuführen. Damit gelten dieselben Verfahrenshinweise, die auch bereits bei der Wahl des Präsidenten gegeben worden sind.

Meine Damen und Herren, ich gehe davon aus, dass das Wahlverfahren klar ist, dann können wir die Wahl durchführen.

Ich bitte jetzt die Abgeordneten Silke Allers und Björn Fecker, an der Ausgabestelle beziehungsweise an der Wahlurne Platz zu nehmen.

Ich komme zum Namensaufruf.

(Es folgt der Namensaufruf.)

Meine Damen und Herren, damit ist der Stimmenaufruf beendet.

Ich frage die Anwesenden, ob jemand seine Stimme nicht abgegeben hat. - Ich sehe, das ist nicht der Fall.

Damit ist der Wahlgang geschlossen.

Wir kommen jetzt zur Auszählung der abgegebenen Stimmen.

Ich bitte den Schriftführer und die Schriftführerinnen, die Auszählung vorzunehmen.

Meine Damen und Herren, ich unterbreche die Sitzung, bis das Wahlergebnis vorliegt.

(Unterbrechung der Sitzung 11.57 Uhr)



Präsident Weber eröffnet die Sitzung wieder um 12.11 Uhr.

Präsident Weber: Ich eröffne die unterbrochene Sitzung der Bürgerschaft (Landtag).

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich gebe Ihnen jetzt die Ergebnisse der Wahl zweier Vizepräsidenten/Vizepräsidentinnen bekannt.

Auf die Abgeordnete Frau Dr. Karin Mathes entfielen 58 Jastimmen, 13 Neinstimmen, 8 Enthaltungen, auf den Abgeordneten Bernd Ravens entfielen 73 Jastimmen, 2 Neinstimmen, 4 Enthaltungen.

(Beifall)

Ich frage die Abgeordnete Frau Dr. Karin Mathes: Liebe Kollegin, nehmen Sie die Wahl an?

(Abg. Frau Dr. Mathes [Bündnis 90/ Die Grünen]: Ja, Herr Präsident, ich nehme die Wahl an!)

Herzlichen Glückwunsch, Frau Kollegin!

(Beifall)

Ich frage den Kollegen Bernd Ravens: Herr Kollege, nehmen Sie die Wahl an?

(Abg. Ravens [CDU]: Herr Präsident, ich nehme die Wahl an!)

Herzlichen Glückwunsch, Herr Ravens!

(Beifall)

(A) Liebe Kollegen, ich hoffe, dass wir auch die kommenden vier Jahre gemeinsam dieses Parlament durch alle Fairnesse durchsteuern können.

Ich bitte nun die Vizepräsidentin, die Abgeordnete Frau Dr. Karin Mathes, den Platz neben mir einzunehmen. Bitte, Frau Kollegin Dr. Mathes!

Meine Damen und Herren, wir kommen nunmehr

c) Wahl der Schriftführer/Schriftführerinnen.

Für die Wahl der drei Schriftführerinnen sind folgende Wahlvorschläge eingereicht worden: Von der SPD-Fraktion wurde vorgeschlagen die Abgeordnete Marlies Marken, von der CDU-Fraktion die Abgeordnete Sandra Ahrens und von der Fraktion Die Linke die Abgeordnete Sirvan Cakici.

Meine Damen und Herren, die Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen.

Meine Damen und Herren, im Prinzip gilt auch bei dieser Wahl das gleiche Verfahren wie vorher bei dem Vizepräsidenten und der Vizepräsidentin. Wir haben uns darüber verständigt, dass wir auch hier Kabinenwahl vornehmen wollen. Jeder kann bis zu drei Kreuze auf diesem Stimmzettel machen.

(B) Ich bitte die Abgeordneten Silke Allers und Björn Fecker, an der Ausgabestelle für die Stimmzettel beziehungsweise an der Wahlurne Platz zu nehmen!

Der Wahlgang ist eröffnet. Ich rufe nun die einzelnen Abgeordneten auf.

Wir kommen zu dem Namensaufruf.

(Es folgt der Namensaufruf.)

Meine Damen und Herren, damit ist der Stimmenaufruf beendet.

Ich frage die Anwesenden, ob jemand seine Stimme nicht abgegeben hat. – Das ist nicht der Fall.

Damit ist der Wahlgang geschlossen.

Wir kommen jetzt zur Auszählung der abgegebenen Stimmen.

Ich bitte den Schriftführer und die Schriftführerinnen, die Auszählung vorzunehmen.

Meine Damen und Herren, liebe Kollegen, ich unterbreche die Sitzung, bis das Wahlergebnis vorliegt.

(Unterbrechung der Sitzung 12.29 Uhr)

*

Präsident Weber eröffnet die Sitzung wieder um 12.43 Uhr.

(C)

(D)

Präsident Weber: Ich eröffne die unterbrochene Sitzung der Bürgerschaft (Landtag).

Ich gebe Ihnen das Wahlergebnis der Wahl dreier Schriftführerinnen bekannt: ausgegebene Stimmzettel 82, abgegebene Stimmzettel 82, vernichtete Stimmzettel keine. Auf die Abgeordnete Sandra Ahrens entfielen 52 Jastimmen, 18 Neinstimmen, 7 Enthaltungen, eine ungültige Stimme. Auf die Abgeordnete Sirvan Cakici entfielen 51 Jastimmen, 23 Neinstimmen, 6 Enthaltungen, keine ungültige Stimme. Auf die Abgeordnete Marlies Marken entfielen 69 Jastimmen, 5 Neinstimmen, 5 Enthaltungen, keine ungültige Stimme.

Meine Damen und Herren, ich frage die Abgeordnete Sandra Ahrens, ob sie die Wahl annimmt.

(Abg. Frau Ahrens [CDU]: Ja!)

Ich frage die Abgeordnete Sirvan Cakici, ob sie die Wahl annimmt.

(Abg. Frau Cakici [Die Linke]: Ja!)

Ich frage die Abgeordnete Marlies Marken, ob sie die Wahl annimmt.

(Abg. Frau Marken [SPD]: Ja!)

Meine Damen und Herren, damit sind die drei Schriftführerinnen gewählt. Ich gratuliere Ihnen ganz herzlich zu Ihrer Wahl!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, an dieser Stelle darf ich Ihnen noch mitteilen, dass die Fraktion der FDP für den Vorstand der Bürgerschaft als Vertreter ihrer Fraktion ohne Stimmrecht Herrn Dr. Magnus Buhlert benannt hat. Ich sage Ihnen ebenfalls eine faire und vertrauensvolle Zusammenarbeit zu.

Ich bitte die Abgeordnete Frau Sandra Ahrens, den Platz zu meiner Linken einzunehmen. Bitte, Frau Kollegin Ahrens!

Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses

Interfraktionell wurde vereinbart, dass dieser Ausschuss aus 11 Mitgliedern und 11 stellvertretenden Mitgliedern bestehen soll.

(A) Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, dass Sie damit einverstanden sind.

(Einstimmig)

Die Wahlvorschläge liegen Ihnen schriftlich vor.

Die Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

Wer entsprechend den Wahlvorschlägen wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und Die Linke)

Ich bitte um die Gegenprobe! Stimmenthaltungen?

(Abg. Tittmann [DVU])

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) wählt entsprechend.

Wahl von fünf Mitgliedern und fünf stellvertretenden Mitgliedern des Wahlprüfungsgerichts

Die Wahlvorschläge liegen Ihnen schriftlich vor.

Die Beratung ist eröffnet.

(B)

Das Wort hat der Abgeordnete Erlanson.

Abg. Erlanson (Die Linke): Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte für Die Linke zu dem Tagesordnungspunkt erklären: Wir haben interfraktionell sowie auch bei den Fraktionsgeschäftsführern vorgeschlagen, dass Die Linke wie auch die FDP über Stellvertretungen in diesem Gremium, also wenigstens der Information nach, beteiligt werden sollte. Das ist offensichtlich abgelehnt worden. Deshalb kann ich nur für uns sagen, wir werden diesen Wahlvorschlag nicht mittragen, weil wir keinerlei Anlass sehen, dass die FDP oder Die Linke nicht wenigstens über Stellvertretungen dort vertreten sein sollten.

(Beifall bei der Linken)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Wir kommen zur Wahl.

Wer entsprechend den Wahlvorschlägen wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU und Bündnis 90/ Die Grünen)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Die Linke)

Stimmenthaltungen?

(FDP und Abg. Tittmann [DVU])

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Deputationen

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/ Die Grünen vom 27. Juni 2007

(Drucksache 17/7) 1. Lesung

2. Lesung

Wir kommen zur ersten Lesung.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Perschau.

Abg. **Perschau** (CDU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will es kurz machen! Punkt 1, Wirtschaftsförderungsausschüsse abzuschaffen halte ich für das grundsätzlich völlig falsche Signal.

(Beifall bei der CDU)

Die Wirtschaftsförderungsausschüsse sind einmal eingeführt worden, um überdisziplinär verschiedene Funktionen und Deputationen an einen Tisch zu bringen. Um zu verhindern, dass Entscheidungsabläufe durch alle Deputationen kreuz und quer laufen und damit natürlich auch Entscheidungszeitprozesse entstehen, die einer Wirtschaftsförderung, die schnell und möglichst ja auch unmittelbar und möglichst aus einer Hand entscheiden soll, ist dies eine Erschwernis künftiger Wirtschaftsförderung.

Nun weiß ich, dass einige sagen, das sei aber einmal in dem Zusammenhang entschieden worden, als wir Sanierungshilfen bekamen. Meine Damen und Herren, die Frage der Wirtschaftsförderung ist in der globalen Struktur, in der wir heute leben, noch viel nötiger geworden, als sie es ohnehin schon immer

(B)

(A) war, weil der Wettbewerb viel härter geworden ist. Ich glaube, dass wir gerade auch im Verhältnis zum Umland sehr genau darauf achten müssen, dass Entscheidungen, die wir treffen müssen und treffen wollen, uns nicht benachteiligen. Ich sehe schon mit Sorge, wie wir mit dem Gewerbeflächenangebot umgehen und wie das Umland damit umgeht, und ich sehe möglicherweise, dass wir uns in den Entscheidungsabläufen möglicherweise auch verheddern.

Im Grunde ist diese Entscheidung ein ganz schlichtes Signal, dass wir es mit der Wirtschaftsförderung nicht mehr so ernst nehmen wollen wie bisher,

(Beifall bei der CDU)

denn bisher hatten wir die entscheidenden Personen an einem Tisch, und jetzt werden wir mehrere Deputationen mit denselben Dingen befassen müssen. Das ist nicht klug. Weil das nicht klug ist, werden wir diesen Punkt ablehnen.

Mir hat sich auch nicht so ganz erschlossen, was diese Erhöhung der Zahl der Deputationsmitglieder im städtischen Bereich von 9 auf 11 bringt. Wir hätten mit der alten Lösung auch leben können, das wäre gar kein Problem gewesen. Wenn man sie erhöht, hätte es sich aus meiner Sicht etwas sinnhafter dargestellt, wenn der Abstand zwischen der staatlichen und der städtischen Deputation geblieben wäre, weil sich die städtische Deputation ja dadurch unterscheidet, dass die Bremerhavener nicht teilnehmen, und wenn sie nicht teilnehmen, dann müssen wir doch auch nicht dieselbe Zahl von Deputierten oder Abgeordneten in diesen Gremien haben. Insofern erschließt sich uns das nicht.

Ich weiß, dass sich das nach außen schwer erklären lässt, weil diese Verfahrensfragen sehr kompliziert sind, aber ich glaube, es erschließt sich nicht. Wir sind aber der Meinung, dass man der Umwandlung der Wissenschaftsdeputation in einen Ausschuss zustimmen kann, das sehe ich ähnlich, wie Frau Linnert es immer betrachtet hat, denn auch ich glaube – ich weiß nicht, ob meine Fraktion das in jedem Winkel auch so glaubt –, dass dies verfassungsrechtlich sicher die sauberere und klarere Lösung ist.

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Einfach einmal darüber reden!)

Deshalb werden wir diesem Punkt zustimmen, und bitten um punktweise Abstimmung.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als Nächster erhält das Wort der Abgeordnete Dr. Sieling.

Abg. **Dr. Sieling** (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Wirtschaftsförde-

rungsausschüsse haben in einer gewissen Phase der bremischen Politik in der Tat eine wichtige und richtige Rolle gehabt. Es war richtig, sie eingerichtet zu haben in der Zeit, in der uns für Investitionsvorhaben eine besondere Menge Geld zur Verfügung gestellt worden ist und in der wir einen Nachholbedarf auch im Lande Bremen hatten, den wir erfüllt haben. Da haben sie hineingepasst. Sie waren aber immer eine Einrichtung auf Zeit und an diese Sache gebunden, und diese Zeiten, Herr Kollege Perschau, sind vorbei!

(C)

(D)

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Nicht vorbei ist allerdings die Zeit, dass wir im Lande Bremen die Wirtschaft ordentlich fördern werden und uns dafür einsetzen müssen. Jedenfalls hat sich die neu gebildete Koalition ganz oben als Erstes auf ihr Programm geschrieben, dass dies im Mittelpunkt stehen wird und wir uns weiter dafür einsetzen werden. Allerdings ist es gerade aus parlamentarischer Sicht doch von hoher Einsicht und von hoher Überzeugungskraft, dass wir die Beratung darüber und über alle Investitionsvorhaben in die fachlich zuständigen Deputationen verlagern, wo sachlich und fachlich darüber beraten wird.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Die Wirtschaftsdeputation, davon bin ich sehr überzeugt, übrigens insbesondere dann auch mit dem neuen Wirtschaftssenator, wird sehr verantwortlich und fachlich ausgewiesen dies beraten und natürlich dafür sorgen, dass wir in Bremen und in Bremerhaven weiter ein hinreichendes Angebot an Gewerbeflächen haben. Das wird gewährleistet, dafür steht auch diese Koalition, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Soweit dazu!

Die Größe der Deputationen ist ja lange diskutiert und betrachtet worden. Es gibt 3 Kriterien, die aus unserer Sicht zu beachten waren. Das Erste ist, dass alle Fraktionen sich in den Deputationen wiederfinden, das ist bei allen Vorschlägen gewährleistet. Das Zweite ist, dass die Zusammensetzung zwischen den Fraktionen die Proportionalität abbildet, die Verhältnismäßigkeit abbildet, die das Wahlergebnis erfordert. Dies ist aus unserer Sicht – und schauen Sie sich das an, was das Verhältnis der Einzelnen, die Abstände zwischen SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen betrifft! – am besten bei der Größe 11 gewährleistet.

Des Weiteren, und das ist der dritte Punkt, haben wir ein Interesse daran, und ich finde, das sollten wir insgesamt im Hause haben, dass wir die kleinstmög-

 (A) liche Größe von Ausschüssen und Deputationen wählen,

> (Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

weil wir keine überflüssigen Beratungen und Debatten brauchen. Wir brauchen Entscheidungen für die Zukunft des Landes. Das können wir sozusagen in der kleinstmöglichen Größe bei Beachtung dieser optimalen Zusammensetzung, das spricht dann gegen die natürlich zahlenmäßig kleinere Größe von 9, die Sie angesprochen haben.

Dagegen spricht aber, dass sich in der Stadtbürgerschaft die Verhältnisse eigentlich etwas anders abbilden und wir das natürlich als oberste Maxime zu gewährleisten haben. Deshalb ist 11 der Vorschlag – wir haben das nach der gestrigen Interfraktionellen Besprechung noch einmal in Ruhe beraten –, bei dem wir bleiben wollen, Herr Kollege Perschau.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Zuletzt möchte ich mich persönlich bei Ihnen für den Mut bedanken, hier für die Umwandlung von der Wissenschaftsdeputation zu einem Wissenschaftsausschuss zu sprechen. Das ist, glaube ich, vernünftig. Ich bin froh, dass Sie das unterstützen, auch wenn es bei Ihnen in der Fraktion vielleicht noch nicht hinreichend ausdiskutiert worden ist. – Herzlichen Dank!

(B)

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

 $\begin{tabular}{ll} \textbf{Pr\"{a}sident Weber:} & Als \ N\"{a}chster \ erh\"{a}lt \ das \ Wort \ der \\ Abgeordnete \ Woltemath. \end{tabular}$

Abg. Woltemath (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will es wirklich kurz machen! Wir unterstützen den Antrag, die Wirtschaftsförderungsausschüsse abzuschaffen, weil wir es genauso sehen, dass die Ausschüsse in einer bestimmten Zeit der Sanierungsphase eingeführt worden sind. Deshalb denke ich, dass sie wieder aufgelöst werden sollten und das in den zuständigen Deputationen und Ausschüssen beraten werden soll.

(Beifall bei der FDP)

Das Zweite ist, dass wir die Umwandlung der Deputation in einen Wissenschaftsausschuss ebenfalls unterstützen, und dafür bitte ich um die Unterstützung des Hauses. – Danke!

(Beifall bei der FDP, bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als Nächster erhält das Wort der Abgeordnete Rupp.

Abg. Rupp (Die Linke)*): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Abgeordnete! Nur kurz: Wir sind froh, dass der Antrag gestellt worden ist, das punktweise abzustimmen. Wir können den ersten beiden Punkten auf jeden Fall zustimmen. Bei der Frage der Umwandlung einer Deputation in einen Ausschuss werden wir uns erst einmal enthalten

Warum wir den ersten beiden Punkten zustimmen, will ich kurz anreißen! Der Koalitionsvertrag reklamiert Prioritätensetzung, Schwerpunktsetzung und Effizienz für Wirtschaftsförderung. Es wird einen Grund geben, dass man das da so deutlich hineingeschrieben hat. Möglicherweise gab es da in der Vergangenheit Mängel. Wir begrüßen das natürlich. Überdies finden wir, dass diese Form von Wirtschaftsförderung ein deutlich höheres Maß an Transparenz braucht, und ich befürchte, wenn man das weiter in den kleinen Runden macht, ist die Transparenz nicht immer gegeben.

(Zurufe)

Auf jeden Fall gehen wir davon aus, dass ab sofort die Ausschüsse öffentlich tagen, und das ist der Grund, warum dann auch mehr Transparenz in diesen Fragen gegeben ist. – Vielen Dank!

(Beifall bei der Linken)

Präsident Weber: Herr Kollege Rupp, Sie haben jetzt beantragt, die Ziffern 1 und 2 abzustimmen, und dann Ziffer 3 noch einmal getrennt.

(Abg. R u p p [Die Linke]: Das ist doch sowieso beantragt, punktweise abzustimmen!)

Als Nächster erhält das Wort der Abgeordnete Perschau.

Abg. Perschau (CDU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will Sie nicht überstrapazieren, aber ich habe den Eindruck, dass möglicherweise nicht alle genau wissen, wie die Wirtschaftsförderungsausschüsse aussehen. Da sind die anderen Deputationen, die wir dazu brauchen, alle vertreten, und zwar mit den Mitgliedern der jeweiligen Deputation. Die Wirtschaftsförderungsausschüsse haben lediglich den Vorteil, dass die Umweltleute, die Wissenschaftsleute, die Bauleute, die Kulturleute mit den Wirtschaftsleuten an einem Tisch sind und dass Entscheidungen dort sofort getroffen werden können. Es erschließt sich mir nicht, was die Er-

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

(A) leichterung für die Wirtschaftsförderung sein soll, das aufzulösen und das sozusagen wieder über die Dörfer der verschiedenen Deputationen gehen zu lassen.

Deshalb bleibe ich dabei, es ist das falsche Signal, aber wenn Sie es so aussenden wollen, Sie haben die Mehrheit, Sie können es so beschließen, aber Sie tragen auch die Verantwortung für die Signale, die Sie setzen.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Es ist getrennte Abstimmung beantragt worden.

Zuerst lasse ich über die Ziffern 1 bis 2 des Antrags abstimmen.

Wer die Ziffern 1 bis 2 des Antrags der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 17/7 in erster Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

> (Dafür SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen CDU und Abg. Tittmann [DVU])

Stimmenthaltungen?

(B)

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Ziffern 1 bis 2 in erster Lesung.

Jetzt lasse ich über die Ziffer 3 des Antrags abstimmen.

Wer der Ziffer 3 des Antrags seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen CDU)

Stimmenthaltungen?

(Die Linke und Abg. Tittmann [DVU])

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der Ziffer $3 \ \mathrm{zu}$.

Ich lasse jetzt über die Ziffer 4 des Antrags abstimmen.

Wer die Ziffer 4 des Antrags in erster Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und Abg. Tittmann [DVU])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Die Linke)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Ziffer 4 in erster Lesung.

Damit ist das Gesetz in erster Lesung beschlossen worden.

Meine Damen und Herren, interfraktionell wurde vereinbart, Behandlung und Beschlussfassung in erster und zweiter Lesung vorzunehmen. Ich lasse deshalb darüber abstimmen, ob wir jetzt die zweite Lesung durchführen wollen.

Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

(D)

(C)

Wir kommen zur zweiten Lesung.

Die Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Auch in der zweiten Lesung lasse ich wieder getrennt abstimmen.

Zuerst lasse ich über die Ziffern 1 bis 2 des Antrags abstimmen.

Wer die Ziffern 1 bis 2 des Antrags der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 17/7 in zweiter Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

> (Dafür SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen CDU und Abg. Tittmann [DVU])

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Ziffern 1 bis 2 in zweiter Lesung.

Jetzt lasse ich über die Ziffer 3 des Antrags abstimmen.

(A) Wer der Ziffer 3 des Antrags seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen CDU und Die Linke)

Stimmenthaltungen?

(Abg. Tittmann [DVU])

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Ziffer 3 in zweiter Lesung.

Damit ist das Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Deputationen in zweiter Lesung beschlossen worden.

Meine Damen und Herren, damit wären wir am Ende unserer heutigen Tagesordnung angekommen.

Im Anschluss an die Sitzung des Landtags machen wir die Konstituierung der Stadtbürgerschaft.

Ich schließe die Sitzung.

(Schluss der Sitzung 13.03 Uhr)

(B)

